

## § 141 SGB XII Übergangsregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie; Verordnungsermächtigung

(Ursprünglich kommentierte Fassung vom 27.03.2020, gültig ab 28.03.2020, gültig bis 31.12.2020)

(1) Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel werden für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 1. März 2020 bis zum 30. Juni 2020 beginnen, nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 erbracht.

(2) <sup>1</sup>Abweichend von § 2 Absatz 1, § 19 Absatz 1, 2 und 5, § 27 Absatz 1 und 2, § 39, § 41 Absatz 1, § 43 Absatz 1, § 43a Absatz 2 und § 90 wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die leistungsnachsuchenden Personen dies im Antrag erklären.

(3) <sup>1</sup>Abweichend von § 35 und § 42a Absatz 1 gelten die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen. <sup>2</sup>Nach Ablauf des Zeitraums nach Satz 1 ist § 35 Absatz 2 Satz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zeitraum nach Satz 1 nicht auf die in § 35 Absatz 2 Satz 2 genannte Frist anzurechnen ist. <sup>3</sup>Satz 1 gilt nicht in den Fällen, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die angemessenen und nicht die tatsächlichen Aufwendungen als Bedarf anerkannt wurden.

(4) Sofern Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 44a Absatz 1 vorläufig oder Geldleistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt vorschussweise nach § 42 des Ersten Buches zu bewilligen sind, ist über den monatlichen Leistungsanspruch nur auf Antrag der leistungsberechtigten Person abschließend zu entscheiden; § 44a Absatz 5 Satz 1 findet keine Anwendung.

(5) <sup>1</sup>Für Leistungen nach dem Vierten Kapitel, deren Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 31. März 2020 bis vor dem 31. August 2020 endet, gilt der nach § 44 Absatz 1 Satz 1 erforderliche Antrag einmalig als gestellt. <sup>2</sup>Die Leistungen werden unter Annahme unveränderter Verhältnisse für zwölf Monate weiterbewilligt. <sup>3</sup>Soweit nach Absatz 4 bereits die vorausgegangene Bewilligung nach § 44a Absatz 1 vorläufig erfolgte, ergeht abweichend von Satz 2 auch die Weiterbewilligungsentscheidung nach § 44a Absatz 1 aus demselben Grund für längstens sechs Monate vorläufig.

<sup>4</sup>§ 60 des Ersten Buches sowie die §§ 45, 48 und 50 des Zehnten Buches bleiben unberührt. <sup>5</sup>Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Leistungen nach dem Dritten Kapitel, wenn in dem in Satz 1 genannten Zeitraum über eine weitere Bewilligung zu entscheiden ist.

(6) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates den in Absatz 1 genannten Zeitraum längstens bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern.

## § 141 SGB XII Übergangsregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie

(Fassung vom 10.03.2021, gültig ab 01.04.2021)

(1) Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel werden für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 1. März 2020 bis zum 31. Dezember 2021 beginnen, nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 erbracht.

(2) <sup>1</sup>Abweichend von § 2 Absatz 1, § 19 Absatz 1, 2 und 5, § 27 Absatz 1 und 2, § 39, § 41 Absatz 1, § 43 Absatz 1, § 43a Absatz 2 und § 90 wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die leistungsnachsuchenden Personen dies im Antrag erklären.

(3) <sup>1</sup>Abweichend von § 35 und § 42a Absatz 1 gelten die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen. <sup>2</sup>Nach Ablauf des Zeitraums nach Satz 1 ist § 35 Absatz 2 Satz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Zeitraum nach Satz 1 nicht auf die in § 35 Absatz 2 Satz 2 genannte Frist anzurechnen ist. <sup>3</sup>Satz 1 gilt nicht in den Fällen, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die angemessenen und nicht die tatsächlichen Aufwendungen als Bedarf anerkannt wurden.

(4) Sofern Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 44a Absatz 1 vorläufig oder Geldleistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt vorschussweise nach § 42 des Ersten Buches zu bewilligen sind, ist über den monatlichen Leistungsanspruch für Bewilligungszeiträume, die bis zum 31. März 2021 begonnen haben, nur auf Antrag der leistungsberechtigten Person abschließend zu entscheiden; § 44a Absatz 5 Satz 1 findet keine Anwendung.

(5) (weggefallen)

(6) (weggefallen)

Hinweis: § 141 SGB XII wurde durch Art. 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl I 2020, 575) mit Wirkung vom 28.03.2020 in das SGB XII eingefügt.

*Hinweis vom 30.03.2020*

Hinweis: § 141 SGB XII in der Fassung des Gesetzes vom 27.03.2020 wurde durch Art. 4 Nr. 3b des Gesetzes v. 09.12.2020 (BGBl I 2020, 2855) mit Wirkung vom 01.01.2021 geändert. Die Änderungen sind in der Kommentierung durch Aktualisierungshinweise berücksichtigt.

*Hinweis vom 17.12.2020*

Hinweis: § 141 SGB XII in der Fassung vom 09.12.2020 wurde durch Art. 2 Nr. 2d des Gesetzes v. 10.03.2021 (BGBl I 2021, 335) mit Wirkung vom 01.04.2021 geändert. Die Änderungen sind in der Kommentierung durch Aktualisierungshinweise berücksichtigt.

*Hinweis vom 24.03.2021*

*Dokument wurde zuletzt aktualisiert am: 19.04.2021*

## Gliederung

A. Basisinformationen	Rn. 1
I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien	Rn. 1
II. Vorgängervorschriften	Rn. 3
III. Parallelvorschriften	Rn. 4
IV. Untergesetzliche Normen/Landesgesetze	Rn. 5
V. Systematische Zusammenhänge	Rn. 6
VI. Ausgewählte Literaturhinweise	Rn. 8
B. Auslegung der Norm	Rn. 9
I. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm	Rn. 9
II. Normzweck	Rn. 12
III. Begrenzter Geltungszeitraum (Absatz 1)	Rn. 14
IV. Abweichende Vermögensberücksichtigung (Absatz 2)	Rn. 18
1. Nichtberücksichtigung für die Dauer von sechs Monaten (Absatz 2 Satz 1)	Rn. 18
2. Ausnahmen (Absatz 2 Satz 2)	Rn. 22
a. Erhebliches Vermögen (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 1)	Rn. 22
b. Vermutungsregelung (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2)	Rn. 24
V. Sonderregelungen zu den Unterkunfts- und Heizkosten (Absatz 3)	Rn. 27
1. Fiktion angemessener KdU (Absatz 3 Satz 1)	Rn. 27
2. Fiktionswirkung bei laufendem Kostensenkungsverfahren (Absatz 3 Satz 2)	Rn. 30
3. Nichtgeltung der Fiktion bei bereits abgesenkten KdU (Absatz 3 Satz 3)	Rn. 33
VI. Sonderregelungen für die abschließende Entscheidung bei vorläufiger Bewilligung und Vorschuss (Absatz 4)	Rn. 35
VII. Fiktive Antragstellung und ungeprüfte Weiterbewilligung (Absatz 5)	Rn. 39
1. Allgemeines	Rn. 39
2. Antragsfiktion (Absatz 5 Satz 1)	Rn. 40
3. Weiterbewilligung ohne Anspruchsprüfung (Absatz 5 Sätze 2 und 3)	Rn. 42
4. Auswirkungen auf Aufhebung und Erstattung und Mitwirkung (Absatz 5 Satz 4)	Rn. 45
5. Entsprechende Anwendung auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt (Absatz 5 Satz 5)	Rn. 49
VIII. Verlängerung der Maßnahmen durch Rechtsverordnung (Absatz 6)	Rn. 52

## A. Basisinformationen

### I. Textgeschichte/Gesetzgebungsmaterialien

- 1 § 141 SGB XII ist im Rahmen des **Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket)** vom 27.03.2020<sup>1</sup> in das SGB XII aufgenommen worden. Die Vorschrift beruht auf dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD vom 24.03.2020.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> BGBl I 2020, 575.

<sup>2</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 11 f.

Er hat die Ausschussberatungen am 25.03.2020 unverändert durchlaufen<sup>3</sup> und ist noch am selben Tag von Bundestag beschlossen worden. Am 27.03.2020 hat der Bundesrat zugestimmt, der Bundespräsident das Gesetz ausgefertigt und ist das Gesetz im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Die Regelung ist damit **am 28.03.2020 in Kraft getreten** (Art. 11 Abs. 1 des Gesetzes). Insgesamt dürfte die Geschwindigkeit des Gesetzgebungsverfahrens (vier Tage von der Einbringung des Gesetzentwurfs bis zum Inkrafttreten) in der deutschen Sozialgesetzgebung beispiellos sein.

2 § 141 SGB XII ist bisher nicht geändert worden.

2.1 Mit dem **Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie weiterer Gesetze** vom 09.12.2020 (BGBl I 2020, 2855) ist in § 141 Abs. 1 SGB XII der ursprünglich bis zum 30.06.2020 begrenzte und durch Verlängerungsverordnungen (vgl. Rn. 5.1 f.) bis 31.12.2020 erweiterte Zeitraum (vgl. Rn. 14.1 ff.), innerhalb dessen ein Bewilligungszeitraum für die Anwendung der **Regelungen der Absätze 2-4** beginnen muss, nochmals mit Wirkung vom 01.01.2021 **um drei Monate bis 31.03.2021 verlängert** worden, weil die Pandemie noch nicht überwunden ist (BT-Drs. 19/24034, S. 33, 37). Zudem ist **§ 141 Abs. 5 SGB XII**, der ohnehin nur für bis zum 30.08.2020 endende Bewilligungszeiträume gegolten hat und daher gegenstandslos geworden ist (BT-Drs. 19/24034, S. 33, 37), **zum 01.01.2021 aufgehoben** worden (Art. 2 Nr. 3b des Gesetzes). Die Regelungen sind erst im Rahmen der Ausschussberatungen in das Gesetz aufgenommen worden (BT-Drs. 19/24034, S. 10); sie waren demzufolge im Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 19/22750) noch nicht vorgesehen.

*Aktualisierung vom 17.12.2020*

2.2 Durch das **Gesetz zur Regelung einer Einmalzahlung der Grundsicherungssysteme an erwachsene Leistungsberechtigte und zur Verlängerung des erleichterten Zugangs zur sozialen Sicherung und zur Änderung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes aus Anlass der COVID-19-Pandemie (Sozialschutz-Paket III)** vom 10.03.2021 (BGBl I 2021, 335) ist § 141 SGB XII erneut geändert worden. Dabei ist die Geltung der Sonderregelungen des § 141 Abs. 2-4 SGB XII vom 31.03.2021 bis zum 31.12.2021 (spätester Beginn des Bewilligungszeitraums) verlängert worden (§ 141 Abs. 1 SGB XII). Gleichzeitig ist die Ermächtigung des § 141 Abs. 6 SGB XII, die bisher Verlängerungen des Geltungszeitraums im Verordnungswege (allerdings nur bis zum 31.12.2020) ermöglicht hatte, gestrichen und daran anknüpfend auch die gesetzliche Überschrift der Vorschrift geändert worden. Außerdem ist die Regelung des § 141 Abs. 4 SGB XII, der die abschließende Entscheidung nach § 44a Abs. 5 Satz 1 SGB XII von einem Antrag der leistungsberechtigten Person abhängig gemacht hat, auf Bewilligungszeiträume beschränkt worden, die vor dem 31.03.2021 begonnen haben. Die Änderungen treten am **01.04.2021** in Kraft. Sie gehen zurück auf den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (BT-Drs. 19/26542, S. 6; zur Begründung S. 18 f., 20) und sind im Rahmen der Beratungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales unverändert geblieben (BT-Drs. 19/26967, S. 6).

*Aktualisierung vom 24.03.2021*

## II. Vorgängervorschriften

3 Vorgängervorschriften zu § 141 SGB XII **gibt es nicht**. Bis zum 31.12.2019 regelte § 141 SGB XII a.F. das **Gesamtplanverfahren** im Bereich der **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**. Entsprechende Regelungen finden sich inzwischen in § 117 SGB IX. Mit dieser Vorschrift hat der neue § 141 SGB XII, der lediglich die eingetretene Leerstelle neu besetzt hat, **nichts zu tun**.

<sup>3</sup> BT-Drs. 19/18130, S. 8.

### III. Parallelvorschriften

- 4 Für die **Grundsicherung für Arbeitsuchende** gibt es in § 67 SGB II eine weitgehend inhaltsgleiche Vorschrift.
- 4.1 Korrespondierende Regelungen finden sich zum Teil auch in den COVID-19-bedingten **Sondervorschriften zum Kinderzuschlag** nach § 6a BKGG, die in § 20 Abs. 4 ff. BKGG geregelt sind; vgl. dazu *Groth*, jurisPR-SozR 7/2020 Anm. 1; *Kühl*, NZS 2020, 362.
- Aktualisierung vom 02.06.2020*

### IV. Untergesetzliche Normen/Landesgesetze

- 5 Untergesetzliche Regelungen gibt es bisher nicht. Allerdings ist angesichts der **Verordnungsermächtigung** in § 141 Abs. 6 SGB XII (vgl. Rn. 52) eine zukünftige untergesetzliche Regelung zur Verlängerung der Maßnahmen nicht ausgeschlossen.
- 5.1 Am 25.06.2020 hat die Bundesregierung aufgrund u.a. des § 141 Abs. 6 SGB XII die Verordnung zur Verlängerung des Zeitraums für das vereinfachte Verfahren für den Zugang zu den Grundsicherungssystemen und für Bedarfe für Mittagsverpflegung aus Anlass der COVID-19-Pandemie (**Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung – VZVV**) erlassen (BGBl I 2020, 1509). Sie ist am 30.06.2020 in Kraft getreten und tritt am 30.09.2020 außer Kraft.
- Aktualisierung vom 14.07.2020*
- 5.2 Mit der **Ersten Verordnung zur Änderung der Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung** vom 16.09.2020 (BGBl I 2020, 2001) hat die Bundesregierung den Zeitraum nach § 141 Abs. 1 SGB XII **bis zum 31.12.2020** verlängert und damit den in § 141 Abs. 6 SGB XII bestimmten **maximalen Verlängerungszeitraum ausgeschöpft**. Sie ist am 29.09.2020 in Kraft getreten und tritt am 31.12.2020 außer Kraft.
- Aktualisierung vom 14.12.2020*

### V. Systematische Zusammenhänge

- 6 § 141 SGB XII schafft ein vorübergehendes Sonderrecht, das eine ganze Reihe **zentraler Vorschriften** des SGB XII **vorübergehend außer Kraft** setzt bzw. **modifiziert** und dementsprechend zu diesen Vorschriften in einem sachlichen Zusammenhang steht.
- 7 Dabei geht es insbesondere um den **Nachrang der Sozialhilfe** (§ 2 Abs. 1 SGB XII), die Regelungen zum **Vermögenseinsatz** (§ 90 SGB XII), die **Anspruchsgrundlagen** für die Leistungen der **Hilfe zum Lebensunterhalt** (§§ 19 Abs. 1, 27 Abs. 1 und 2 SGB XII) und der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (§§ 19 Abs. 2 Satz 1, 41 Abs. 1 SGB XII), die Regelungen zur **Angemessenheit von Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** (§§ 35 Abs. 2, 42a Abs. 1 SGB XII), die Regelungen im Vierten Kapitel zur **vorläufigen Bewilligung und abschließenden Entscheidung** (§ 44a SGB XII) sowie zu **Antragstellung** (§ 44 Abs. 1 SGB XII) und Bewilligungszeitraum (§ 44 Abs. 3 SGB XII).
- 7.1 Durch **Sozialschutz-Paket II** (Rn. 2.1) sind in **§ 141 SGB XII** weitere COVID-19-Pandemie-bedingte Sonderregelungen normiert worden, die die **Mehrbedarfe für das gemeinschaftliche Schulmittagessen** (§ 34 Abs. 6 SGB XII) und **das gemeinschaftliche Werkstattmittagessen** (§ 42b Abs. 2 SGB XII) betreffen.
- Aktualisierung vom 02.06.2020*

**7.2** Die Regelungen des § 90 SGB XII sind auch für die **Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse** im Rahmen der Prozesskostenhilfe maßgeblich (§ 115 Abs. 3 Satz 2 ZPO). Die **Modifikationen durch § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII** jedoch **gelten nicht innerhalb der Regelungen zur Prozesskostenhilfe**, weil § 115 Abs. 3 ZPO nur auf § 90 SGB XII und nicht auch auf § 141 SGB XII verweist, weil der Schutzzweck des § 141 SGB XII, Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts schnell und unbürokratisch zugänglich zu machen, im Rahmen der Prozesskostenhilfe nicht in gleicher Weise trägt und weil § 141 Abs. 1 SGB XII die durch die folgenden Absätze vorgenommenen Modifikationen nur auf Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII begrenzt (BSG v. 09.06.2020 - B 1 KR 13/19 BH - juris Rn. 6 ff.).

*Aktualisierung vom 26.10.2020*

**7.3** Durch das **Sozialschutz-Paket III** (Rn. 2.2) ist in **§ 144 SGB XII** mit Wirkung vom 01.04.2021 eine weitere COVID-19-pandemiebedingte Sonderregelung in das SGB XII aufgenommen worden, die die Gewährung einer **Einmalzahlung** zum Ausgleich der mit der COVID-19-Pandemie in Zusammenhang stehenden Mehraufwendungen vorsieht (vgl. die Kommentierung zu § 144 SGB XII).

*Aktualisierung vom 24.03.2021*

## VI. Ausgewählte Literaturhinweise

**8** Groth, Kommunalrechtliche Experimentierklauseln, 2005.

**8.1** Groth, Das Sozialschutz-Paket: (Erste) Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Sozialrecht, jurisPR-SozR 7/2020 Anm. 1.

*Aktualisierung vom 09.04.2020*

**8.2** Burkiczak, „Hartz IV“ in Zeiten von Corona, NJW 2020, 1180.

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

**8.3** Bittner, Befristete Regelungen für den erleichterten Zugang zu Leistungen zur Gewährung des Existenzminimums aus Anlass der COVID-19-Pandemie gemäß § 67 SGB II, § 141 SGB XII, § 88a BVG, NZS 2020, 332.

*Aktualisierung vom 27.04.2020*

**8.4** Bartels, Aktuelle Gesetze zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie in Bezug auf Bereiche des Sozialen, NDV 2020, 193; Nakielski, Was das eilig beschlossene Sozialschutz-Paket regelt, SozSich 2020, 138; Voelzke, Nicht kleckern, sondern klotzen – das Sozialschutzpaket I, jM 2020, 235.

*Aktualisierung vom 25.05.2020*

**8.5** Kühl, Der Kinderzuschlag und die Änderungen durch das Starke-Familien-Gesetz sowie durch das Sozialschutz-Paket aufgrund des Corona-Virus, NZS 2020, 362; Lehmann, Ist ein Umzug während der Corona-Pandemie möglich und zumutbar?, NZS 2020, 436.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

**8.6** Armbrorst, Das Rettungspaket zur Begrenzung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, info also 2020, 99; Schlegel/Meßling/Bockholdt, COVID-19 – Corona-Gesetzgebung – Gesundheit und Soziales, 1. Aufl. 2020.

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

**8.7** Groth, Das Sozialschutz-Paket III, jurisPR-SozR 7/2021 Anm. 1.

*Aktualisierung vom 08.04.2021*

**8.8** Leopold, Sozialschutzpaket III – ein weiterer Schritt zur Abfederung der Covid-19-Pandemie, jM 2021, 200.

Aktualisierung vom 19.04.2021

## B. Auslegung der Norm

### I. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm

- 9 § 141 SGB XII ist eine **maßnahmegesetzliche Regelung**, die aus Anlass der COVID-19-Pandemie und der durch sie eingetretenen bzw. erwartbar eintretenden wirtschaftlichen Folgewirkungen für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum konzipiert worden ist und z.T. – insbesondere, was die vorübergehende Aussetzung der Vermögensberücksichtigung anbelangt – erhebliche Abweichungen auch von prinzipiellen Grundsätzen des Fürsorgerechts (Nachranggrundsatz) vorsieht. Deswegen ist das Gesetz auch nur für einen eng begrenzten Zeitraum angelegt (§ 141 Abs. 1 SGB XII, dazu Rn. 14 und § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII, dazu Rn. 39).
- 10 § 141 Abs. 2 SGB XII regelt den **Vermögenseinsatz** abweichend vom Regelsystem (Rn. 18 ff.), § 141 Abs. 3 SGB XII fingiert vorübergehend die **Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** (Rn. 27 ff.), § 141 Abs. 4 SGB XII modifiziert die Regelungen zu **abschließender Entscheidung** nach vorläufiger Bewilligung oder Vorschussgewährung (Rn. 35 ff.) und § 141 Abs. 5 SGB XII modifiziert das **Weiterbewilligungsverfahren** (Rn. 39 ff.). In § 141 Abs. 6 SGB XII findet sich eine **Verordnungsermächtigung** zur begrenzten Verlängerung des krisenbedingten Sonderrechts (Rn. 52 ff.).
- 11 Für den begrenzten Zeitraum seiner Geltungsdauer hat § 141 SGB XII eine **sehr hohe praktische Bedeutung**.

### II. Normzweck

- 12 Das **Sozialschutz-Paket** insgesamt soll dazu beitragen, die **erheblichen Auswirkungen** der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Wirtschaft und Beschäftigung abzufedern.<sup>4</sup> In diesem Rahmen kommt insbesondere § 67 SGB II die Bedeutung zu, den Lebensunterhalt von **Kleinunternehmern** und **Solo-Selbständigen**, die vorübergehend von erheblichen Einkommenseinbußen betroffen sind, aber in der Regel keine Ansprüche auf vorrangige Sozialleistungen haben, für die Dauer der Krise schnell und unbürokratisch abzusichern.<sup>5</sup> § 141 SGB XII wiederum stellt sicher, dass in den beiden Existenzsicherungssystemen der Sozialhilfe (Drittes und Viertes Kapitel), die nicht vorrangig auf Erwerbstätige abzielen, gleichwohl aber auch für (vor allem geringfügig) Erwerbstätige gelten können, ein dem SGB II vergleichbarer Schutz besteht.<sup>6</sup>
- 13 Insgesamt verfolgen die Regelungen einen **doppelfunktionalen Ansatz**: Einerseits sollen die **Zugangsvoraussetzungen** zu den Existenzsicherungssystemen kurzfristig **abgesenkt** werden. Andererseits geht es auch darum, die **Träger der Leistungen**, die ihrerseits vor allem personalwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der bundesweit zu ihrer Eindämmung aufgrund des IfSG erlassenden Beschränkungen (Lockdown) zu bewältigen haben, **von administrativem Aufwand zu entlasten**, indem für die Sachbearbeitung **aufwändige Prüfungen im Rahmen von Neuanträgen und Weiterbewilligungsentscheidungen** wegfallen.

<sup>4</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 1.

<sup>5</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 24.

<sup>6</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 27.

### III. Begrenzter Geltungszeitraum (Absatz 1)

**14** § 141 Abs. 1 SGB XII bestimmt, dass (nur) Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 01.03.2020 bis zum 30.06.2020 beginnen, nach Maßgabe der Absätze 2-4 erbracht werden. Es handelt sich damit um Regelungen, die einerseits nur die **existenzsichernden Leistungen des SGB XII** (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) betreffen und die andererseits nur für einen **eng begrenzten Zeitraum** gelten, dessen spätester Ablauf bereits jetzt bestimmbar ist.

**14.1** Gemäß § 1 Abs. 1 VZVV (vgl. Rn. 5.1) ist der in § 141 Abs. 1 SGB XII genannte Zeitraum zunächst **bis zum 30.09.2020** verlängert worden. **!**

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

**14.2** Entscheidend für die Geltung der Sonderregelungen des § 141 Abs. 2-4 SGB XII ist, dass der **Beginn des Bewilligungszeitraums** in das Zeitfenster des § 141 Abs. 1 SGB XII (i.V.m. § 1 Abs. 1 VZVV) fällt. Da die Sonderregelungen zum Teil materiellrechtliche Wirkungen entfalten und entfalten sollen (vgl. insbesondere § 141 Abs. 2 SGB XII), von denen abhängen kann, ob überhaupt eine Bewilligungsentscheidung zu ergehen hat, muss es auf den Zeitpunkt ankommen, an dem der Bewilligungszeitraum **bei richtiger Anwendung des materiellen und des Verfahrensrechts** zu beginnen hat. Zu Recht geht das Sächsische LSG v. 04.06.2020 - L 7 AS 354/20 B ER - juris Rn. 36 daher davon aus, dass die korrespondierenden Sonderregelungen des § 67 SGB II auf einen im Dezember 2019 gestellten Antrag auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (vgl. § 37 SGB II) auch dann nicht anwendbar sind, wenn der Antrag abgelehnt worden ist und die um Leistungen nachsuchende Person erst im März 2020 um einstweiligen Rechtsschutz ersucht hat. **!**

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

**14.3** Gemäß § 1 Abs. 1 VZVV in der Fassung der Ersten Änderungsverordnung (vgl. Rn. 5.2) ist der in § 141 Abs. 1 SGB XII genannte Zeitraum **bis zum 31.12.2020** verlängert worden. **!**

*Aktualisierung vom 26.10.2020*

**14.4** Mit Gesetz vom 09.12.2020 (Rn. 2.1) ist § 141 Abs. 1 SGB XII geändert und der dort genannte Zeitraum **bis zum 31.03.2021** verlängert worden. Die Sonderregelungen der Absätze 2-4 greifen damit längstens bis 28.02.2022 (vgl. Rn. 15). **!**

*Aktualisierung vom 17.12.2020*

**14.5** Mit Gesetz vom 10.03.2021 (Rn. 2.2) ist § 141 Abs. 1 SGB XII erneut geändert und der dort genannte Zeitraum **bis zum 31.12.2021** verlängert worden. Die Sonderregelungen der Absätze 2-4 greifen damit längstens bis 30.11.2022 (Rn. 15). **!**

*Aktualisierung vom 24.03.2021*

**15** In der **Grundsicherung im Alter** (Viertes Kapitel, §§ 41-46b SGB XII) werden die Leistungen **in der Regel** für einen **Bewilligungszeitraum von zwölf Monaten** bewilligt (§ 44 Abs. 3 Satz 1 SGB XII). Da der Antrag grundsätzlich auf den Ersten des Kalendermonats zurückwirkt (§ 44 Abs. 2 Satz 1 SGB XII), kommen die Sonderregelungen der Absätze 2-4 deshalb nur für Bewilligungszeiträume zur Anwendung, die spätestens im Juni 2020 (im Regelfall rückwirkend zum 01.06.2020) beginnen und dementsprechend spätestens am 31.05.2021 enden. Werden Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – insbesondere wegen schwankenden Einkommens – **vorläufig bewilligt** (§ 44a SGB XII), verkürzt sich der Bewilligungszeitraum auf längstens sechs Monate (§ 44 Abs. 2 Satz 2 SGB XII); spätestes Ende wäre in diesem Falle der



30.11.2020. Allerdings können sich diese Enddaten nochmals um jeweils längstens sechs Monate hinauszögern, wenn und soweit die Bundesregierung von der Verordnungsermächtigung des § 141 Abs. 6 SGB XII Gebrauch macht (dazu Rn. 52).

- 16** Für die **Hilfe zum Lebensunterhalt** (Drittes Kapitel, §§ 27-40 SGB XII) bestehen **keine gesetzlichen Vorgaben** die Länge von Bewilligungszeiträumen betreffend. Die **Verwaltungspraxis** ist hier sehr **unterschiedlich**. Teilweise werden die Leistungen wie in der Grundsicherung für mehrere Monate – häufig für ein halbes Jahr – als **Dauerverwaltungsakt** bewilligt. Für diese Fälle gelten die Ausführungen zur Grundsicherung entsprechend (vgl. Rn. 15). **Oft** erfolgt allerdings auch heute noch – Traditionslinien des Fürsorgerechts folgend, wonach die Hilfe zum Lebensunterhalt **keine rentengleiche Dauerleistung** ist – die **Bewilligung nur für einen Monat**; danach werden die Leistungen – soweit keine anderweitige Entscheidung ergeht – in den Folgemonaten in jeweils gleicher Höhe **weitergezahlt** und damit – konkludent – **monatlich neu bewilligt**. Bei dieser letztgenannten Praxis würde die Sonderregelung eigentlich bereits zum 30.06.2020 auslaufen, weil die mit der nächsten Zahlung konkludent bewilligten Leistungen den Zeitraum 01.07.2020-31.07.2020 betreffen, der sich bereits außerhalb des Zeitfensters des § 141 Abs. 1 SGB XII befindet. Allerdings ist § 141 Abs. 5 Satz 5 SGB XII zu berücksichtigen, was dazu führt, dass in diesen Fällen ausnahmsweise auch ein zwölfmonatiger Bewilligungszeitraum in Gang gesetzt wird (dazu Rn. 51), der dann allerdings regelmäßig zum 31.03.2021 endet.
- 17** Generell stellt sich die Frage, ob § 141 Abs. 1 SGB XII **nur für Neufälle** gelten soll, worauf die Gesetzesbegründung hindeuten scheint,<sup>7</sup> oder **auch für Bestandsfälle**, worauf der Wortlaut („Bewilligungszeiträume“, nicht Leistungsfälle, die beginnen) und teilweise auch die Systematik – § 141 Abs. 3 Satz 3 SGB XII knüpft ausdrücklich an den vorangegangenen Bewilligungszeitraum an – hindeuten. Das Verhältnis ist nicht klar aufzulösen und ist **nach teleologischen Gesichtspunkten für die einzelnen Regelungen** der Absätze 2-4 jeweils eigenständig zu entscheiden.

## IV. Abweichende Vermögensberücksichtigung (Absatz 2)

### 1. Nichtberücksichtigung für die Dauer von sechs Monaten (Absatz 2 Satz 1)

- 18** Nach § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII wird Vermögen für die Dauer von sechs Monaten nicht berücksichtigt. Es handelt sich um die wohl weitreichendste Regelung der Übergangsregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie, weil sie den **Nachranggrundsatz** als eines der **prägenden Strukturprinzipien** des Sozialhilferechts für einen allerdings überschaubaren Zeitraum weitgehend **außer Kraft** setzt. Die Berücksichtigung von Einkommen bleibt allerdings grundsätzlich (vgl. aber Rn. 36) bestehen.
- 19** Die Nichtberücksichtigung von Vermögen wirkt für die **Dauer von sechs Monaten** und **beginnt mit dem** (ersten) **Bewilligungszeitraum**,<sup>8</sup> der zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 (§ 141 Abs. 1 SGB XII) beginnt. Dabei geht der Gesetzgeber offenbar davon aus, dass die Vorschrift **nur auf diejenigen Fälle anwendbar** sein soll, in denen innerhalb des Zeitraums nach § 141 Abs. 1 SGB XII **Leistungen** entweder **erstmals** oder aber **nach einer mindestens einmonatigen Zäsur** durch bedarfsdeckendes Einkommen oder Vermögen **erstmals wieder beantragt** werden. Deutlich wird dies insbesondere bei der Gegenüberstellung der Regelungen des § 141 Abs. 1-4 SGB XII mit denen des § 141 Abs. 5 SGB XII. Denn für die Weiterbewilligung von Leistungen,

<sup>7</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 25 zu § 67 Abs. 1 SGB II.

<sup>8</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 28.

deren Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 31.03.2020-31.08.2020 endet, sieht § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII die **Vermutung unveränderter** (tatsächlicher und rechtlicher) **Verhältnisse** vor und lässt § 141 Abs. 5 Satz 4 SGB XII insoweit die §§ 45, 48, 50 SGB X explizit unberührt.

**19.1** *Bittner*, NZS 2020, 332, 333 geht hingegen – vertretbar (vgl. Rn. 20) – davon aus, dass die Regelung des § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII für **alle Erst-, Neu- und Weiterbewilligungsanträge** gilt. !

*Aktualisierung vom 27.04.2020*

**20** Wollte man dies anders sehen und die **Geltung** des § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII **auch für Folgebewilligungszeiträume** befürworten wollen – der Wortlaut gäbe dies durchaus her –, würde dies wegen der verfahrensrechtlichen Wirkungen des § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII ohnehin erst in einer späteren **Rückforderungssituation** relevant werden. Dann dürfte in einem Fall, in dem ein Leistungsempfänger über Jahre hinweg dauerhaft über bedarfsdeckendes Vermögen verfügt hat, (nur) der Weiterbewilligungsbescheid, dessen Bewilligungszeitraum im Zeitfenster des § 141 Abs. 1 SGB XII begonnen hat, (nur) für den Zeitraum der ersten sechs Monate dieses Bewilligungszeitraums mangels Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts nicht aufgehoben und insoweit folglich auch keine Erstattung verlangt werden. Es liegt auf der Hand, dass dieses Ergebnis **dem Normzweck nicht gerecht** wird. Dies gilt umso mehr, als es vom Zufall abhängt, ob die Weiterbewilligungsentscheidung gerade im Zeitraum 01.03.2020-30.06.2020 fällig wird. Für Weiterbewilligungszeiträume, die davor begonnen haben und danach beginnen, wäre Vermögen ohnehin nach den allgemeinen Regeln zu berücksichtigen.

**21** § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII bezeichnet mit den §§ 2 Abs. 1, 19 Abs. 1, 2 und 5, 27 Abs. 1 und 2, 39, 41 Abs. 1, 43 Abs. 1, 43a Abs. 2 und 90 SGB XII ausdrücklich all diejenigen **Vorschriften**, die ihrerseits den **Einsatz von Vermögen** (§ 90 SGB XII) **zum Gegenstand** haben. Die Zitierung erfüllt in begrenztem Umfang eine **Hinweis- und Warnfunktion**. Zur Umsetzung des Regelungskonzepts hätte es der Zitierung allerdings nicht bedurft.

## 2. Ausnahmen (Absatz 2 Satz 2)

### a. Erhebliches Vermögen (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 1)

**22** Von der in § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII normierten Relativierung des Nachranggrundsatzes – Nichtberücksichtigung von Vermögen für die Dauer von sechs Monaten – statuiert § 141 Abs. 2 Satz 2 HS. 1 SGB XII allerdings sogleich eine **Rückausnahme** für den Fall, dass **erhebliches Vermögen** vorliegt. Dem Ziel, die Bewilligungsentscheidung möglichst unbürokratisch zu gestalten, läuft dies zunächst einmal entgegen.

**23** Dies liegt insbesondere daran, dass der Gesetzgeber mit dem Begriff der **Erheblichkeit** des Vermögens einen **unbestimmten Rechtsbegriff hohen Unbestimmtheitsgrades** eingeführt hat, ohne diesen näher zu definieren oder durch die Gesetzesbegründung zu konkretisieren.<sup>9</sup> Als Synonyme für erheblich kommen einerseits Begriffe wie beachtenswert, relevant oder wesentlich, andererseits Begriffe wie ansehnlich, außerordentlich, enorm oder eindrucksvoll in Betracht. Nimmt man erstere als Maßstab, wäre als erheblich bereits jedes Vermögen zu qualifizieren, das sich auf den Leistungsanspruch auswirkt, also nicht nach § 90 Abs. 2 und 3 SGB XII unberücksichtigt zu bleiben hätte. Wiewohl die Begründung zur Parallelvorschrift des § 67 Abs. 2 SGB II<sup>10</sup> durchaus in diesem Sinne verstanden werden könnte, ergibt eine derartige Auslegung aus systematischen Gründen angesichts des § 141 Abs. 2 Satz 1 SGB XII keinen Sinn. Vielmehr wird man im Sinne des zweitgenannten Begriffsverständnisses ein Vermögen **erst dann** als **erheblich** zu qualifizieren

<sup>9</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 28.

<sup>10</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25.

haben, wenn es **so deutlich oberhalb der Vermögensfreigrenzen** des SGB XII liegt, dass **für jedermann offenkundig** ist, dass die **Gewährung existenzsichernder Leistungen nicht gerechtfertigt** ist. Nur ein solches Begriffsverständnis wird den Zielen des Gesetzes, insbesondere selbständig Tätigen in der akuten Notlage des Lockdown eine unbürokratische Nothilfe zu gewähren, hinreichend gerecht.

**23.1** Die **Bundesagentur für Arbeit (BA)** nimmt in ihren **Weisungen** zum Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket) sowie ergänzende Regelungen ([www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf), abgerufen am 06.04.2020), S. 7 zur Regelung des § 67 Abs. 2 Satz 2 SGB II Anleihen bei § 21 Nr. 3 WoGG, der ebenfalls den Begriff des erheblichen Vermögens – wie hier auch für § 141 Abs. 2 SGB XII vertreten – im Sinne einer **Missbrauchsgrenze** verwendet, und der dazu ergangenen **Allgemeinen Verwaltungsvorschrift**. Nach Nr. 21.37 Abs. 1 WoGVwV liegt erhebliches Vermögen vor, wenn die Summe des verwertbaren Vermögens **60.000 €** für das erste und **30.000 €** für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied übersteigt. Abzustellen ist nach der Weisungslage der BA allerdings nur auf sofort verwertbares Vermögen, also insbesondere **Barmittel** und sonstige **liquide Mittel**. Der Ansatz erscheint – übertragen auf die Einsatzgemeinschaft (§ 27 Abs. 2 SGB XII, § 43 Abs. 1 Satz 2 SGB XII) – vor dem Hintergrund der hier vertretenen Definition **sachgerecht**.

*Aktualisierung vom 06.04.2020*

**23.2** *Pablo Coseriu* befürwortet dagegen im Hinblick auf die **Vermögensfreigrenze des § 66a SGB XII** die Zugrundelegung eines Betrags von **25.000 €** als Maßstab (Kommentierung zu § 19 SGB XII Rn. 10.2).

*Aktualisierung vom 06.04.2020*

**23.3** Der hier vertretenen Definition hat sich das SG Oldenburg v. 23.04.2020 - S 21 SO 8/20 ER - juris Rn. 19 angeschlossen.

*Aktualisierung vom 26.10.2020*

**23.4** LSG Niedersachsen-Bremen v. 21.01.2021 - L 7 AS 5/21 B ER - juris Rn. 17 schließt sich in einer Entscheidung zur Grundsicherung für Arbeitsuchende der hier (Rn. 23) vertretenen **Grunddefinition des erheblichen Vermögens** an und sieht den von der BA befürworteten Betrag (Rn. 23.1) auch in seiner Herleitung nicht als geeigneten Maßstab an.

*Aktualisierung vom 15.03.2021*

#### **b. Vermutungsregelung (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2)**

**24** Um im Hinblick auf den gleichwohl unbestimmten Rechtsbegriff der Erheblichkeit den bürokratischen Aufwand gering zu halten, sieht § 141 Abs. 2 Satz 2 HS. 2 SGB XII eine **Vermutungsregelung** vor. Danach wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die leistungsnachsuchenden Personen dies im Antrag erklären.

**25** Geboten ist lediglich die **einfache Erklärung**, dass **kein erhebliches Vermögen vorhanden** ist. Da die Erklärung „**im Antrag**“ zu machen ist, spricht bei semantischem Verständnis viel für ein Schriftformerfordernis, auch wenn der Antrag als solcher keiner Form bedarf. Zumindest aus Gründen der Beweisbarkeit sollte der Sozialhilfeträger die Erklärung zur Niederschrift aufnehmen, d.h. **aktenkundig** machen und **von der leistungsnachsuchenden Person unterzeichnen** lassen. Die Vermutung kann – auch noch nachträglich – **widerlegt** werden. Eine spätere Aufhebungsentcheidung nach § 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 oder 3 SGB X dürfte allerdings im Hinblick auf die hohen subjektiven Anforderungen (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) nur dann Bestand haben können,

wenn der Sozialhilfeträger die leistungsnachsuchende Person bei Antragstellung (zutreffend) darüber aufgeklärt hat, was als erhebliches Vermögen angesehen werden müsste, und dies auch entsprechend dokumentiert hat.

- 25.1** Auch *Bittner*, NZS 2020, 332, 334 geht davon aus, dass Aufhebungs- und Rückforderungsentscheidungen nach den §§ 45, 50 SGB X ausscheiden, wenn der **Leistungsträger** über die aus seiner Sicht maßgebliche Erheblichkeitsschwelle **informiert** und die um Leistungen **nachsuchende Person** sich bei Abgabe ihrer Erklärung **darauf verlassen** hat. !

*Aktualisierung vom 27.04.2020*

- 25.2** Nach Auffassung des LSG Bayern vom 20.04.2020 - L 16 AS 170/20 B ER - juris Rn. 24 soll die Vermutungsregelung der korrespondierenden Bestimmung des § 67 Abs. 2 Satz 2 SGB II erst greifen, wenn der Antragsteller eine **Eigenerklärung über die Höhe des vorhandenen Vermögens** abgegeben hat. Diese Sichtweise entspricht weder dem Wortlaut des § 67 Abs. 2 Satz 2 SGB II noch der vom Gericht in Bezug genommenen Gesetzesbegründung und würde auch dem **Sinn und Zweck der Vorschrift zuwiderlaufen** (ähnlich die Kommentierung zu § 19 SGB XII Rn. 10.5). !

*Aktualisierung vom 25.05.2020*

- 26** Im Falle einer **Weigerung** der um Leistungen nachsuchenden Person, **die Erklärung abzugeben**, sind die Vermögensverhältnisse **von Amts wegen** zu ermitteln (§ 20 SGB X). Rechtlicher Maßstab ist dabei (nur) für die ersten sechs Monate die Erheblichkeit des Vermögens i.S. des § 141 Abs. 2 Satz 2 HS. 1 SGB XII und nicht der allgemeine Rahmen des § 90 SGB XII. Ist **erhebliches Vermögen** zwar „vorhanden“, aber **nicht unmittelbar verfügbar**, kommt die Gewährung eines Darlehens (§ 91 SGB XII) in Betracht. Sofern die Verwertung des Vermögens bei prognostischer Betrachtung auch innerhalb eines Bewilligungszeitraums – in der Regel wird von zwölf Monaten auszugehen sein – nicht möglich ist, ist von der Unverwertbarkeit auszugehen; auch erhebliches Vermögen steht dem Leistungsanspruch dann nicht entgegen.<sup>11</sup> Insoweit gelten die allgemeinen Regeln.

## V. Sonderregelungen zu den Unterkunfts- und Heizkosten (Absatz 3)

### 1. Fiktion angemessener KdU (Absatz 3 Satz 1)

- 27** § 141 Abs. 3 Satz 1 SGB XII sieht vor, dass die **tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** abweichend von § 35 SGB XII und § 42a Abs. 1 SGB XII für die **Dauer von sechs Monaten** – ausgehend vom Beginn eines zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 beginnenden Bewilligungszeitraums – als angemessen gelten. Es handelt sich um eine **unwiderlegbare Fiktion**.
- 28** Die Fiktion angemessener Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gilt der **Höhe nach unbegrenzt**; sie erfasst auch exorbitant hohe Unterkunftskosten. Ausnahmen aus Billigkeitsgründen sehen auch die nachfolgenden Sätze nicht vor. Für die Frage, was unter den **Begriff der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung** fällt und **wann sie zu berücksichtigen** sind, sieht § 141 Abs. 3 SGB XII allerdings **keine Modifikationen** vor. Es gelten insoweit die allgemeinen Regeln. D.h. insbesondere, dass auch im Rahmen dieser Sonderregelung grundsätzlich **keine Tilgungsraten** zu übernehmen sind, weil es sich dabei nicht um tatsächliche Aufwendungen handelt.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> BSG v. 09.12.2016 - B 8 SO 15/15 R - juris Rn. 22.

<sup>12</sup> BSG v. 07.07.2011 - B 14 AS 79/10 R - juris Rn. 18.

- 29** Die Vorschrift des § 141 Abs. 3 SGB XII gilt **sowohl für Erst- als auch für Weiterbewilligungszeiträume** (vgl. allgemein Rn. 17), die zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 beginnen. Dies folgt für diese Bestimmung weniger aus dem Willen des Gesetzgebers, der „die von der Pandemie Betroffenen“ – und damit tendenziell in wirtschaftliche Not geratene Erstantragsteller – vor Sorgen um den angestammten Wohnraum schützen will,<sup>13</sup> als vielmehr aus der **Systematik** der Vorschrift. Denn sowohl § 141 Abs. 3 Satz 2 SGB XII als auch § 141 Abs. 3 Satz 3 SGB XII **beschränken sich** in ihrem Regelungsgehalt einzig **auf Weiterbewilligungsentscheidungen**.
- 29.1** Das LSG Niedersachsen-Bremen v. 29.09.2020 - L 11 AS 508/20 B ER - juris Rn. 29 vertritt – in einer Entscheidung zur Parallelvorschrift des § 67 Abs. 3 SGB II – ebenfalls die Auffassung, dass diese Sonderregelung **keine Ursächlichkeit zwischen dem Eintritt der Hilfebedürftigkeit und der epidemischen Lage** voraussetzt, **nicht auf Erst- bzw. Neuanträge beschränkt** ist, sondern **auch** die in der Zeit vom 01.03.2020 und 31.12.2020 (vgl. Rn. 14.3) beginnenden **Weiterbewilligungszeiträume** erfasst.

*Aktualisierung vom 26.10.2020*

## **2. Fiktionswirkung bei laufendem Kostensenkungsverfahren (Absatz 3 Satz 2)**

- 30** Gemäß § 141 Abs. 3 Satz 2 SGB XII ist nach Ablauf dieses sechsmonatigen Zeitraums § 35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII mit der Maßgabe anzuwenden, dass **dieser Zeitraum nicht auf die in § 35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII genannte Frist anzurechnen** ist.
- 31** Der **Regelungsgehalt** dieser Vorschrift erstreckt sich allein auf **Weiterbewilligungsbescheide**. Sie betrifft insbesondere Fälle, in denen im vorangegangenen Bewilligungszeitraum **bereits zur Kostensenkung aufgefordert** worden war mit der Folge, dass die sechsmonatige Kostensenkungsfrist (§ 35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII) in Gang gesetzt worden ist. In diesen Fällen verbleibt es nach § 141 Abs. 3 Satz 1 SGB XII bei Weiterbewilligung im in § 141 Abs. 1 SGB XII genannten Zeitraum zunächst bei der Berücksichtigung der tatsächlichen Aufwendungen, was verfahrensrechtlich durch § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII zusätzlich abgesichert wird. § 141 Abs. 3 Satz 2 SGB XII sorgt allerdings dafür, dass die **Kostensenkungsfrist nur gehemmt und nicht unterbrochen** wird. Sie läuft nach Ablauf der Sechs-Monats-Fiktion gemäß § 141 Abs. 3 Satz 1 SGB XII nach dem bisherigen Stand weiter ab. Ohne die Regelung des § 141 Abs. 3 Satz 2 SGB XII wäre infolge der fingierten Angemessenheit der Unterkunftskosten eine Zäsurwirkung eingetreten und das Kostensenkungsverfahren müsste nach Ablauf der sechs Monate – einschließlich einer neuen Kostensenkungsaufforderung – neu in Gang gesetzt werden.<sup>14</sup>
- 32** Für Erstbewilligungsentscheidungen hat die Vorschrift dagegen **keinen eigenständigen Regelungsgehalt**; allenfalls kann ihr insoweit ein **klarstellender Charakter** zugemessen werden. Wegen der Fiktion des § 141 Abs. 3 Satz 1 SGB XII gelten die tatsächlichen Unterkunftskosten als angemessen, so dass die Berücksichtigung nach § 35 Abs. 1 Satz 1 SGB XII und nicht nach § 35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII erfolgt. Erst mit Wegfall der Fiktion nach Ablauf von sechs Monaten werden die Aufwendungen ggf. erstmals unangemessen mit der Folge, dass auch erst dann zur Kostensenkung aufzufordern ist und auch erst dann der sechsmonatige Kostensenkungszeitraum beginnt.

<sup>13</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 25, 28.

<sup>14</sup> Vgl. BSG v. 16.04.2013 - B 14 AS 28/12 R - juris Rn. 18 f.

### 3. Nichtgeltung der Fiktion bei bereits abgesenkten KdU (Absatz 3 Satz 3)

**33 Keine Geltung** beansprucht § 141 Abs. 3 Satz 1 SGB XII in **laufenden Leistungsfällen**, in denen die Kosten der Unterkunft und/oder Heizung bereits während des vorangegangenen Bewilligungszeitraums auf das angemessene Maß abgesenkt waren. Dies ist nach der Gesetzesbegründung konsequent, weil die Sorgen um den Erhalt der Wohnung in diesem Fall nicht pandemiebedingt sind.

**33.1** *Burkiczak*, NJW 2020, 1180, 1181 ist zuzustimmen, dass es – anders als es insoweit die Gesetzesbegründung zur Parallelvorschrift des § 67 Abs. 3 Satz 3 SGB II vermuten lässt (BT-Drs. 19/18107, S. 25: „Eine bereits bestandskräftige Kostensenkung hat jedoch Bestand.“) – **nicht** auf die **Bestandskraft** einer zuvor erfolgten Kostensenkung ankommt. Es genügt, wenn der Sozialhilfeträger zumindest für den letzten Monat des vorangegangenen Bewilligungszeitraums im Rahmen der **Bewilligungsentscheidung** anstelle der tatsächlichen nur noch die für angemessen erachteten Unterkunftskosten berücksichtigt hat.

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

**33.2** Zu Recht geht das SG Berlin v. 20.05.2020 - S 179 AS 3426/20 ER - juris Rn. 31 f. daher in einer Entscheidung zur Grundsicherung für Arbeitsuchende davon aus, dass die **Gegenausnahme** des § 67 Abs. 3 Satz 3 SGB II (entspricht inhaltlich § 141 Abs. 3 Satz 3 SGB XII) **nicht greift**, wenn im vorangegangenen Bewilligungszeitraum noch die tatsächlichen Unterkunftskosten berücksichtigt worden waren und die **Kostensenkung erst mit Beginn des neuen Bewilligungszeitraums** hätte umgesetzt werden sollen.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

**34** Sollte allerdings insbesondere wegen noch **strikterer Ausgangs- oder Gewerbebeschränkungen** (zeitweise Einstellung des Geschäftsbetriebs von Wohnungsmaklern, gewerblichen Großvermietern und Wohnungsbaugenossenschaften) eine Situation eintreten, in der der leistungsberechtigten Person ein **Wohnungswechsel zeitweise unmöglich** wird, sind für diesen Zeitraum die tatsächlichen Aufwendungen trotz einer bereits verstrichenen sechsmonatigen Regelhöchstfrist vorübergehend, für die Dauer der einen Wohnungswechsel hindernden Beschränkungen, nach § 35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII zu berücksichtigen.

**34.1** Das SG Kiel v. 26.03.2020 - S 26 SO 8/20 ER - Rn. 11 geht davon aus, dass in der ersten Phase der Pandemie Ende März/Anfang April 2020 eine derartige Situation noch nicht vorgelegen hat; kritisch dazu *Lehmann*, NZS 2020, 436.

*Aktualisierung vom 02.06.2020*

## VI. Sonderregelungen für die abschließende Entscheidung bei vorläufiger Bewilligung und Vorschuss (Absatz 4)

**35** § 141 Abs. 4 HS. 1 SGB XII enthält Änderungen zum Verfahren bei **vorläufiger Bewilligung** von Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (§ 44a SGB XII) und bei **Vorschüssen auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt** (§ 42 SGB I). Die Vorschrift dient wesentlich der Entlastung der Leistungssachbearbeitung bei den zuständigen Trägern, gleichzeitig aber auch der Rechtssicherheit für die leistungsberechtigten Personen;<sup>15</sup> sie gilt deshalb und aus

<sup>15</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 25 f. zu § 67 Abs. 4 SGB II.

systematischen Gründen (vgl. § 141 Abs. 5 Satz 3 SGB XII) unabhängig davon, ob es sich um eine **Erst- oder um eine Folgebewilligung** handelt, sofern der **Bewilligungszeitraum** zwischen dem 01.03.2020 und dem 30.06.2020 **beginnt** (§ 141 Abs. 1 SGB XII).

**36** Nach Maßgabe des § 141 Abs. 4 HS. 1 SGB XII ergeht eine **abschließende Entscheidung** bei einer vorläufigen Leistung (§ 44a Abs. 1 SGB XII) oder bei einem Vorschuss (§ 42a Abs. 1 SGB I) **nur auf Antrag der leistungsberechtigten Person**. Damit **entfällt** nicht nur die Verpflichtung, sondern auch die **Befugnis** des Sozialhilfeträgers, über den Leistungsanspruch **von Amts wegen** abschließend zu entscheiden. Die leistungsberechtigte Person behält dagegen ihr auch im Regelsystem (§ 44a Abs. 5 Satz 2 SGB XII) vorgesehenes Antragsrecht. Sie sollte den Antrag nur dann stellen, wenn sich insbesondere die der vorläufigen bzw. der Vorschussentscheidung zugrunde gelegten Einkommensverhältnisse ungünstiger entwickelt haben als prognostiziert. Angesichts dieses Umstandes hat die vordergründig nur verfahrensrechtliche Vorschrift des § 141 Abs. 4 HS. 1 SGB XII mittelbar auch **materiellrechtliche Folgewirkungen**, die nach § 141 Abs. 2 SGB XII auf eine temporäre **Aufweichung des sozialhilferechtlichen Nachranggrundsatzes** zielen. Dies ist auch deshalb unter Gleichheitsgesichtspunkten nicht ganz unproblematisch, weil ähnliche materiellrechtliche Wirkungen bei von vornherein endgültiger Bewilligungsentscheidung nicht bestehen (§ 141 Abs. 5 Satz 4 SGB XII, dazu Rn. 46).

**36.1** Mit Gesetz vom 10.03.2021 (Rn. 2.2) ist § 141 Abs. 4 SGB XII **mit Wirkung vom 01.04.2021** dahingehend geändert worden, dass – trotz grundsätzlicher Fortgeltung der Regelungen des § 141 Abs. 2-4 SGB XII für Bewilligungszeiträume, die bis zum 31.12.2021 beginnen (§ 141 Abs. 1 SGB XII, vgl. Rn. 14.5) – die **Antragsabhängigkeit der abschließenden Entscheidung** nur noch für **Bewilligungszeiträume** gilt, die **bis zum 31.02.2021 begonnen** haben. Die Änderung der Regelung wird mit den veränderten Gegebenheiten im Lockdown begründet. Eine Prognose des Einkommens sei inzwischen wieder besser möglich und das Risiko hoher Abweichungen von vorläufig bewilligten und abschließend festgestellten Leistungen und damit von Rückzahlungen sinke. Außerdem wird auch der Verwaltungsaufwand der Leistungsträger als Grund angegeben (BT-Drs. 19/26542, S. 18, 20). Diese **Argumentation** ist – gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen – nur **bedingt überzeugend**. Es dürfte eher darum gehen, die existenzsichernden Leistungen langsam wieder auf ihren Wesenskern zurückzuführen und als Corona-Hilfen für Selbständige auf der zweiten Ebene zurückzufahren, zumal der Effekt der Regelungen gerade für diesen Personenkreis nicht den anfänglichen Erwartungen entsprochen haben dürfte.

*Aktualisierung vom 24.03.2021*

**36.2** Auch *Leopold*, jM 2021, 200, 201 (zu § 67 Abs. 4 Satz 2 SGB II) geht hingegen von einer **veränderten Sachlage** aus und teilt die Einschätzung des Gesetzgebers, dass den Leistungsberechtigten eine Einschätzung ihres Einkommens mittlerweile weit besser gelingen dürfte als zu Beginn der Pandemie.

*Aktualisierung vom 19.04.2021*

**37** Dass **§ 44a Abs. 5 Satz 1 SGB XII**, der die abschließende Entscheidung nach Ablauf des Bewilligungszeitraums zwingend für den Fall anordnet, dass die vorläufig bewilligte Geldleistung nicht der abschließend festzustellenden entspricht, **keine Anwendung** findet, ergibt sich bereits aus dem Vorstehenden; die Regelung des § 141 Abs. 4 HS. 2 SGB XII hat daher lediglich **deklaratorische Bedeutung**.

- 38** Unberührt bleiben durch § 141 Abs. 4 SGB XII die Vorschriften über die Aufhebung von Verwaltungsakten (§§ 45, 48 SGB X) und über die Erstattung von Leistungen (§ 50 SGB X). War die vorläufige Bewilligungsentscheidung bereits anfänglich rechtswidrig, bleibt eine **Aufhebung nach § 45 SGB X möglich**. Auch eine Aufhebung wegen nachträglicher Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X) bleibt möglich, aber nur während des noch laufenden Bewilligungszeitraums.<sup>16</sup>

## VII. Fiktive Antragstellung und ungeprüfte Weiterbewilligung (Absatz 5)

### 1. Allgemeines

- 39** § 141 Abs. 5 SGB XII enthält einige **vereinfachende verfahrensrechtliche Regelungen** für die Weiterbewilligung von Leistungen in Fällen, in denen der vorangehende Bewilligungszeitraum zwischen dem 31.03.2020 und dem 31.08.2020 endet. Die Regelungen dienen der **Entlastung der Leistungssachbearbeitung** bei den Sozialhilfeträgern von der aufwändigen Prüfung von Folgeanträgen, um bei ohnehin eingeschränkten personellen Ressourcen Zeit für die zu erwartende steigende Zahl von Erstanträgen zu gewinnen.<sup>17</sup>

- 39.1** *Burkiczak*, NJW 2020, 1180, 1182 weist zur Parallelvorschrift des § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II zu Recht darauf hin, dass die Vorschrift – wie § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII – nach dem Wortlaut nur für Bewilligungszeiträume gilt, die **vor dem 31.08.2020** enden (und damit nur längstens bis zum 30.08.2020 dauern), und zieht insoweit ein Redaktionsversehen in Betracht. Angesichts der **Weisungen der Bundesagentur für Arbeit (BA)** zum Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 (Sozialschutz-Paket) sowie ergänzender Regelungen ist davon allerdings nicht auszugehen. Dort werden Bewilligungszeiträume, die am 31.08.2020 oder später enden, ausdrücklich als nicht von § 67 Abs. 5 SGB II erfasst angesehen und zwar mit dem Hinweis, dass andernfalls Anträge, die im März 2020 gestellt und bereits unter den erleichterten Bedingungen bewilligt wurden, von dieser Vorschrift doppelt erfasst würden, was dem **Regelungszweck** zuwiderlaufe ([www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/datei/ba146402.pdf), abgerufen am 20.04.2020, S. 12).

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

- 39.2** **§ 141 Abs. 5 SGB XII**, der ohnehin durch Zeitablauf gegenstandslos geworden war, ist mit Gesetz vom 09.12.2020 (Rn. 2.1) **zum 01.01.2021 aufgehoben** worden.

*Aktualisierung vom 17.12.2020*

### 2. Antragsfiktion (Absatz 5 Satz 1)

- 40** Nach § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII **gilt** der in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung **erforderliche Antrag** (vgl. § 44 Abs. 1 SGB XII) einmalig **als gestellt**. Es handelt sich um eine gesetzliche **Fiktion**. Es bedarf keiner Willensäußerung der leistungsberechtigten Person; zu berücksichtigen ist lediglich eine ausdrückliche Abmeldung aus dem Leistungsbezug, also die Erklärung, dass keine Leistungen mehr beansprucht werden.
- 41** Das Merkmal „**einmalig**“ hat keine substantielle Bedeutung. Angesichts des Regelbewilligungszeitraums von zwölf Monaten (§ 44 Abs. 3 Satz 1 SGB XII) bzw. des regelmäßig auf sechs Monate verkürzten Bewilligungszeitraums bei vorläufiger Entscheidung (§ 44 Abs. 3 Satz 2 SGB XII) – bei diesen Zeiträumen bleibt es grundsätzlich auch unter der Geltung der Übergangsregelung (§ 141

<sup>16</sup> Vgl. BSG v. 29.04.2015 - B 14 AS 31/14 R - juris Rn. 17 ff.

<sup>17</sup> BT-Drs. 19/18107, S. 29.



Abs. 5 Sätze 2 und 3 SGB XII) – ist allenfalls theoretisch – bei einer sehr kurzfristig verlängerten vorläufigen Bewilligungsentscheidung (vgl. dazu aber Rn. 43) – ein Fall denkbar, in dem innerhalb des fünfmonatigen Zeitraums zwei Weiterbewilligungsanträge gestellt werden müssten.

### 3. Weiterbewilligung ohne Anspruchsprüfung (Absatz 5 Sätze 2 und 3)

- 42** Nach § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII **werden** die Leistungen unter Annahme unveränderter Verhältnisse für zwölf Monate **weiterbewilligt**. Einer Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen im Einzelfall bedarf es grundsätzlich nicht. Die Regelung steht sinnbildlich unter dem Motto: „Jetzt bewilligen, später ggf. überprüfen.“ Die sachbearbeitende Person darf bei ihrer Bewilligungsentscheidung unterstellen, dass die **tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse unverändert** geblieben sind. Etwas anderes wird allerdings ausnahmsweise dann zu gelten haben, wenn der Träger **positive Kenntnis von einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse** hat, die dazu führt, dass der **Leistungsanspruch weggefallen** ist (z.B. Tod der leistungsberechtigten Person) oder **in anderer Höhe** besteht, wobei sich die abweichende Höhe dann allerdings ohne die Ermittlung weiterer Tatsachen aus der bekannten Tatsache (z.B. Rentenerhöhung) ergeben muss.
- 42.1** Auch *Bittner*, NZS 2020, 332, 334 vertritt – zumindest für den Fall des bereits eingetretenen oder für den kommenden Bewilligungszeitraum sicher prognostizierbaren vollständigen **Wegfalls der Leistungsvoraussetzungen** – die Auffassung, dass § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII den Sozialhilfeträger **nicht** dazu zwingt, „**sehenden Auges**“ eine offensichtlich materiell **rechtswidrige Entscheidung** zu treffen. !
- Aktualisierung vom 27.04.2020*
- 43** Abweichend davon werden gemäß § 141 Abs. 5 Satz 3 SGB XII Leistungen für **längstens sechs Monate** vorläufig bewilligt, wenn bereits für den vorangegangenen Zeitraum die Leistungen **vorläufig bewilligt** worden waren. Auch für die vorläufige Bewilligung gilt die Fiktion der Antragstellung und das Entfallen der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen; hinsichtlich der Länge des Bewilligungszeitraums verbleibt dem Sozialhilfeträger allerdings wie im Regelsystem ein **Ermessensspielraum** („längstens“). Eine Verkürzung des Bewilligungszeitraums auf unter sechs Monate bedarf aber gerade unter Geltung der Übergangsregelung einer besonderen sachlichen Rechtfertigung. Diese kann, weil die vorläufige Bewilligung **aus demselben Grund** wie bei der vorangegangenen Entscheidung zu erfolgen hat, insbesondere darin liegen, dass eine Erwerbstätigkeit zu einem bestimmten, bereits bekannten Zeitpunkt aufgegeben und (schwankendes) Einkommen daraus sicher prognostizierbar nicht mehr erzielt wird.
- 44** Die Bezugnahme auf „**Absatz 4**“ ist **ohne erkennbaren Sinn**. Sie darf insbesondere nicht dahingehend missverstanden werden, dass § 141 Abs. 5 Satz 3 SGB XII nur für diejenigen vorläufigen Bewilligungsentscheidungen gelten soll, bei denen die vorangegangene vorläufige Bewilligungsentscheidung bereits unter dem Sonderrecht des § 141 Abs. 4 SGB XII vorläufig ergangen ist. Dies wäre nicht nur erkennbar sinnwidrig; wegen des eng gesteckten Zeitrahmens des § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII würde die Vorschrift dann auch nahezu vollständig leerlaufen.

#### 4. Auswirkungen auf Aufhebung und Erstattung und Mitwirkung (Absatz 5 Satz 4)

- 45 Gemäß § 141 Abs. 5 Satz 4 SGB XII bleiben **§ 60 SGB I** und die **§§ 45, 48 und 50 SGB X** unberührt. Diese eher unscheinbare Regelung wirft durchaus **praxisrelevante Fragen** auf, die auch **durch die Gesetzesbegründung**, die sich zu diesem Satz überhaupt nicht verhält,<sup>18</sup> **nicht geklärt** werden.
- 46 Vergleichsweise einfach verhält sich die Rechtslage hinsichtlich der unberührten Regelungen über die **Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte** (§ 45 SGB X), die **Aufhebung von Verwaltungsakten wegen Änderung der Verhältnisse** (§ 48 SGB X) und die **Erstattung überzahlter Leistungen** (§ 50 SGB X): Da § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII, demzufolge die Leistungen unter **Annahme** (Vermutung) **unveränderter Verhältnisse** weiter zu bewilligen sind, eine bloß **verfahrensrechtliche Regelung ohne materiellrechtlichen Gehalt** ist, kann die materielle Rechtmäßigkeit des ohne Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen ergangenen Verwaltungsakts rückwirkend überprüft und – soweit rechtswidrig – unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 Satz 3 SGB X auch für die Vergangenheit aufgehoben werden. Gleiches gilt für eine Aufhebung des Verwaltungsakts nach § 48 SGB X wegen geänderter Verhältnisse. Folglich sind bei einer Aufhebungsentscheidung für die Vergangenheit nach Maßgabe des § 50 Abs. 1 SGB X überzahlte Leistungen zu erstatten. Dies ist für sich genommen nicht problematisch. Unter Gleichheitsgesichtspunkten etwas fragwürdig ist lediglich der Umstand, dass sich wegen der mittelbar materiellen Folgewirkungen des § 141 Abs. 4 SGB XII die Rechtslage für die Empfänger vorläufiger Leistungen etwas günstiger darstellt (vgl. Rn. 36). Die Schiefelage wird noch dadurch perpetuiert, dass das Vertrauen in eine vorläufige Entscheidung hier ausnahmsweise stärker geschützt wird als das in eine endgültige.
- 47 Ferner stellt sich die Frage, warum nicht auch die Regelung des § 44 SGB X zur **Aufhebung rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakte** (Überprüfungsverfahren) zitiert worden ist. Denn der Leistungsanspruch der leistungsberechtigten Person kann je nach Lebenssachverhalt in dem Bewilligungszeitraum, für den die Bewilligungsentscheidung nach § 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII ohne Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen erfolgt ist, ohne Weiteres auch günstiger ausfallen. Es ist jedoch, da Sachgründe nicht ersichtlich sind, insoweit von einem **bloßen redaktionellen Versehen des Gesetzgebers** auszugehen. Letztlich ergibt sich die Anwendbarkeit des § 44 SGB X aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, zumal der Nennung der §§ 45, 48 und 50 SGB X aus den oben genannten Gründen kaum mehr als deklaratorische Bedeutung zukommt.
- 48 Demgegenüber erschließt sich der **Verweis auf § 60 SGB I** nicht ohne Weiteres; sein **Sinn und Zweck** ist auch unter Anwendung der klassischen Auslegungsmethoden **nicht endgültig zu ermitteln**. § 60 Abs. 1 Satz 1 SGB I regelt die Mitwirkungspflichten, genauer: **Inhalt und Umfang der Mitwirkung** der um Leistungen nachsuchenden oder Leistungen beziehenden Person **an der Amtsermittlung**. Das Besondere an der Übergangsregelung § 141 Abs. 5 Sätze 1 und 2 SGB XII ist allerdings gerade, dass die Weiterbewilligungsentscheidung bei fingiertem Antrag ohne Amtsermittlung stattfinden soll. **Ohne Amtsermittlung** gibt es allerdings auch **keine Mitwirkungspflichten**. Diese Konsequenz könnte der Gesetzgeber gesehen haben, denn immerhin nimmt er § 66 SGB I nicht auch in Bezug. Es bliebe dann die – letztlich am ehesten sinnhafte – Auslegung, dass die Geltung der Mitwirkungspflichten in der Aufhebungs- und Rückforderungssituation erhalten

<sup>18</sup> Vgl. BT-Drs. 19/18107, S. 29.

bleiben soll. Gleichwohl stellt sich die Frage, warum § 141 Abs. 5 Satz 4 SGB XII dann nicht explizit auf § 60 Abs. 1 Satz 2 SGB I Bezug nimmt. In jedem Falle wären hier einige erläuternde Ausführungen in der Gesetzesbegründung hilfreich gewesen.

- 48.1** *Burkiczak*, NJW 2020, 1180, 1182 versteht die Parallelvorschrift des § 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II gut vertretbar dahingehend, dass sie (auch) auf die fortbestehende Verpflichtung der Leistungsempfänger nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I („Wer Sozialleistungen ... erhält ...“) hinweist, leistungserhebliche **Änderungen in den Verhältnissen unverzüglich mitzuteilen**.

*Aktualisierung vom 20.04.2020*

- 48.2** Das LSG Nordrhein-Westfalen v. 14.10.2020 - L 12 AS 721/20 B ER - juris Rn. 35 lässt offen, ob die Parallelvorschrift des § 67 Abs. 5 Satz 5 SGB II (zu § 141 Abs. 5 Satz 4 SGB XII) die **Anwendung des § 66 SGB I** erlaubt. Ein im Anwendungsbereich des § 67 Abs. 5 Satz 1 SGB II (entspricht § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII) ergangener **Versagungsbescheid** ist in jedem Falle **wirksam** (§ 39 Abs. 2 SGB X) und steht, wenn er nicht angefochten wird, dem Erlass einer auf vorläufige Zahlung existenzsichernder Leistungen gerichteten einstweiligen Anordnung entgegen.

*Aktualisierung vom 14.12.2020*

## **5. Entsprechende Anwendung auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt (Absatz 5 Satz 5)**

- 49** Die **vorstehenden Regelungen gelten** nach § 141 Abs. 5 Satz 5 SGB XII für Leistungen nach dem Dritten Kapitel **entsprechend**, wenn in dem in § 141 Abs. 5 Satz 1 SGB XII genannten Zeitraum **über eine weitere Bewilligung zu entscheiden** ist. Ob dies der Fall ist, hängt – da Regelungen zum Bewilligungszeitraum im Dritten Kapitel fehlen – entscheidend auch von der Bewilligungspraxis des jeweiligen Sozialhilfeträgers ab:
- 50** Bewilligt der Sozialhilfeträger Leistungen der **Hilfe zum Lebensunterhalt als Dauerverwaltungsakt** für mehrere Monate (vgl. Rn. 16), sind die Regelungen des § 141 Abs. 5 Sätze 1-4 SGB XII **wie in der Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung anzuwenden.
- 51** Findet indes die **Bewilligung monatsbezogen** – bei **konkludenter Weiterbewilligung durch Zahlung** – statt (vgl. Rn. 16), müsste nach Ablauf des ersten Monats nach Inkrafttreten des § 141 SGB XII – regelmäßig also bereits zum 01.04.2020 **ausnahmsweise ein Dauerverwaltungsakt für zwölf Monate** erlassen werden (§ 141 Abs. 5 Satz 2 SGB XII). Denn zu diesem Zeitpunkt ist – auch wenn dies de facto nicht geschieht, sondern lediglich ein automatisierter Zahlungslauf ausgeführt wird – „über die weitere Bewilligung zu entscheiden“. In der praktischen Umsetzung durch die Sozialhilfeträger dürften die Fälle deshalb auch anders laufen: Sie werden absehbar für die Anwendung des § 141 Abs. 5 Satz 5 SGB XII auf den Zeitpunkt abstellen, für den sich die Sachbearbeitung den Fall für eine erneute Überprüfung und bescheidmäßige Neufestsetzung auf Frist gelegt hat. Dafür dürften je nach Träger Zeiträume von sechs bis zwölf Monaten angeordnet sein.

## **VIII. Verlängerung der Maßnahmen durch Rechtsverordnung (Absatz 6)**

- 52** Nach § 141 Abs. 6 SGB XII wird die Bundesregierung dazu ermächtigt, den in § 141 Abs. 1 SGB XII genannten Zeitraum **längstens bis zum 31.12.2020** zu verlängern. Es handelt sich um eine **Höchstfrist**. Auch (mehrfache) kurze Verlängerungen sind von der Ermächtigung gedeckt. Allerdings sollte die Rechtsverordnung, wenn die Bundesregierung eine Verlängerung in Betracht zieht, bereits aus Sachgründen **rechtzeitig vor dem 30.06.2020** (Ablauf des in § 141 Abs. 1 SGB XII

geregelten Zeitraums) erlassen werden, um Lücken im Zeitraum, für den das Sonderrecht gilt, oder Komplikationen durch eine ggf. rückwirkende Geltung der Verordnung und damit einen erhöhten Verwaltungsaufwand zu vermeiden.

**52.1** Mit der **Vereinfachter-Zugang-Verlängerungsverordnung** (Rn. 5.1) hat die Bundesregierung von der Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht und den in § 141 Abs. 1 SGB XII genannten Zeitraum für die Sonderregelungen des § 141 Abs. 2-4 SGB XII zunächst bis zum 30.09.2020 verlängert. Die Verlängerung ist allerdings nicht frühzeitig, sondern sehr kurzfristig mit einem Inkrafttreten der Verordnung vom 25.06.2020 erst am 30.06.2020 erfolgt.

*Aktualisierung vom 14.07.2020*

**52.2** Mit Gesetz vom 10.03.2021 (Rn. 2.2) ist § 141 Abs. 6 SGB XII **mit Wirkung vom 01.04.2021 aufgehoben** worden. Wegen der gesetzlichen Verlängerung des vereinfachten Zugangs nach § 141 Abs. 1 SGB XII (Rn. 14.5) hat der Gesetzgeber die Verordnungsermächtigung für kurzfristig erforderliche weitere Verlängerungen nicht mehr für erforderlich erachtet (BT-Drs. 19/26542, S. 19 f.).

*Aktualisierung vom 24.03.2021*

**53** Bei allem aner kennenswerten Bemühen um kurzfristige und unbürokratische Maßnahmen in einer beispiellosen Krise seien einige **rechtspolitische Anmerkungen** erlaubt: Mit der Regelung des § 141 Abs. 6 SGB XII ermächtigt der Gesetzgeber die Exekutive, durch Rechtsverordnung darüber zu disponieren, wie lange die Anwendung an sich geltender formalgesetzlicher Regelung zugunsten eines „Notstandsrechts“ ausgesetzt wird. § 141 Abs. 6 SGB XII ist, um es beim Namen zu nennen, ein – wenn auch in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht sehr begrenztes – **Ermächtigungsgesetz**. Dergleichen ist nicht von vornherein verfassungswidrig, sondern kann gemessen an Bestimmtheit, Parlamentsvorbehalt, rechtsstaatlicher Gewaltenteilung und Verhältnismäßigkeit verfassungsrechtlich durchaus zu rechtfertigen sein.<sup>19</sup> Ernsthafte verfassungsrechtliche Zweifel sind hier auch nicht angebracht, weil die Ermächtigung außerhalb eines grundrechtssensiblen Bereichs erteilt ist – subjektive Rechte der Betroffenen werden durch ein Gebrauchmachen von der Ermächtigung eher erweitert – und der Gesetzgeber das Programm für die Abweichung von den gesetzlichen Regelvorschriften wie auch die maximale Dauer selbst vorgibt, die Bundesregierung als Ermächtigungsadressaten also eng führt. Dennoch sollte nach den historischen Erfahrungen vor dem Erlass eines Ermächtigungsgesetzes immer innegehalten werden für die Frage, ob eine solche Maßnahme wirklich **zwingend erforderlich** ist. Zweifel daran sind angebracht, denn – das zeigt gerade dieses Gesetz – in Notlagen vermag der parlamentarische Gesetzgeber meist ebenso schnell, wenn nicht schneller zu handeln als der Ordnungsgeber. Und es wäre sicherlich ein Leichtes für die Gesetzgebungsorgane des Bundes, die am 25.03.2020 bzw. am 27.03.2020 im ad-hoc-Verfahren verabschiedeten Maßnahmen nochmals kurzfristig zu verlängern, wenn dies geboten erscheint. Ein solches Verfahren hätte dann die volle demokratische Legitimation. Was passieren kann, wenn man die Entscheidung über die Geltung einer formellgesetzlichen Vorschrift der Verwaltung überantwortet, zeigt sich im Übrigen instruktiv an § 7 Abs. 4a SGB II. Diese Vorschrift ist durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch von 24.03.2011<sup>20</sup> zum 01.04.2011 wesentlich geändert worden. Die Geltung dieser Neuregelung wird aber gemäß § 77 Abs. 1 SGB II geknüpft an den Erlass einer Rechtsverordnung, auf die wir auch fast zehn Jahre später noch immer warten.

<sup>19</sup> Eingehend Groth, Kommunalrechtliche Experimentierklauseln, S. 113 ff.

<sup>20</sup> BGBl I 2011, 453.

**54** Die Rechtsverordnung kann **ohne Zustimmung des Bundesrates** ergehen. § 141 Abs. 6 SGB XII trifft damit eine anderweitige, von Regelsystem abweichende bundesgesetzliche Regelung i.S. des Art. 80 Abs. 2 GG. Damit wird in ebenfalls durchaus kritikwürdiger Weise auf ein für die Normsetzung durch die Exekutive bewährtes Korrektiv im Sinne des gewaltenteiligen Systems der Bundesrepublik Deutschland bewusst verzichtet.